

Berufsausbildung in der DDR

Versuch einer Einschätzung

Armin Hegelheimer ist Professor für Bildungsökonomie an der Technischen Universität Berlin. Er leitet die Arbeitsgruppe „Bildungs- und Arbeitsökonomie“ im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Mitglied der „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“.

Kräfteverlagerung der Bildungspolitik auf die berufliche Bildung

Die öffentliche Diskussion über die Bildungsreform kreiste in der Bundesrepublik lange Zeit hindurch um die Probleme der Oberschüler und Studenten. Demgegenüber standen die Berufsschüler und Lehrlinge weithin im Schatten des allgemeinen und politischen Interesses an bildungspolitischen Fragen. Diese elitäre, im vergangenen Jahrhundert begründete Konzeption der Bildungspolitik mit ihrer realitätsfernen und sozial diskriminierenden Trennung von Bildung und Beruf hat sich trotz der völlig gewandelten Verhältnisse in der Bundesrepublik während der Nachkriegszeit im Kern erhalten und hat selbst in der offiziellen Forschung, Planung und Politikberatung im Bereich der Bildung ihren Niederschlag gefunden.

Einen tiefen Einschnitt in dieser Entwicklung brachte die Rezession von 1966/67, die den — theoretisch bekannten — Zusammenhang von Ausbildungschance und Beschäftigungsmöglichkeit erstmals auch in der Praxis plastisch vor Augen führte. Seit dieser Zeit finden Probleme der beruflichen Bildung nicht nur eine breitere Resonanz in der Öffentlichkeit, sondern auch der Gesetzgeber und die Forschung haben ihre Initiativen in der Berufsbildung inzwischen verstärkt. Erstmals spielte die Frage der beruflichen Erstausbildung der Jugendlichen auch im letzten Bundestagswahlkampf bei den großen Parteien eine gewisse Rolle und in der Regierungserklärung deutet sich nunmehr zum ersten Male in der Nachkriegszeit eine mögliche Kräfteverlagerung in der Bildungspolitik auf die Berufsbildung an. Das zunehmende Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit gegenüber den Problemen der Lehrlingsausbildung hat naturgemäß auch das Interesse am Vergleich verschiedener internationaler Berufsausbildungssysteme verstärkt. Auf Grund der Situation in Deutschland ist es nicht überraschend, daß dem Berufsausbildungssystem in der DDR besondere Aufmerksamkeit geschenkt

wird. Denn einerseits stehen die beiden deutschen Staaten im Zeichen eines gegelten Nebeneinander in einem Verhältnis ausgeprägter Systemkonkurrenz zueinander, andererseits sind trotz des wachsenden Interesses der Öffentlichkeit und der zunehmenden staatlichen Aktivität die Leitlinien für die zukünftige Gestaltung der Berufsausbildung in der Bundesrepublik gegenwärtig noch sehr vage und unverbindlich, wie insbesondere die bisher wenig ermutigende Arbeit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung zeigt. In dieser Situation muß der Blick auf die Verhältnisse der Berufsausbildung in der DDR besonders reizvoll erscheinen, zumal darüber hinaus im Zuge der Verstärkung der Kontakte auf allen Ebenen fundierte Informationen von immer zentralerer Bedeutung werden.

Wenn man das Berufsausbildungssystem der DDR betrachtet, so sind verschiedene erkenntnisleitende Interessen denkbar. Man kann sich für eine Bestandsaufnahme und theoretische Durchdringung der wesentlichen Entwicklungsstapen der Berufsausbildung und Berufsbildungsreform in der DDR interessieren. Man kann ferner einen Soll-Ist-Vergleich vornehmen, in dem die tatsächliche Entwicklung des Berufsausbildungssystems der DDR und seiner Strukturen mit den eigenen, immanenten Zielvorstellungen der DDR — wie sie etwa in der Verfassung, sonstigen Grundsatzbestimmungen und der Gesetzgebung niedergelegt sind — konfrontiert werden. Desgleichen kann man Ziele und Struktur des Berufsausbildungssystems der DDR an Konzeptionen messen, die auf Wertvorstellungen beruhen, die der DDR fremd oder konträr sind. Schließlich kann die Betrachtung der Berufsausbildung in der DDR aber auch vorwiegend praxis- und anwendungsbezogen unter dem Gesichtspunkt erfolgen, welche Schlußfolgerungen sich aus der Entwicklung der Berufsausbildung in der DDR für die Bundesrepublik ergeben. In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion lassen sich diese vier Aspekte — da auch hier die Grenzen fließend sind — nur selten klar voneinander trennen.

Grundprinzipien des Berufsausbildungssystems der DDR

Für den ersten Aspekt der Bestandsaufnahme und theoretischen Durchdringung sind vor allem die Grundprinzipien, auf denen das Berufsausbildungssystem der DDR beruht, von Bedeutung.

Ein wesentliches Grundprinzip der Berufsausbildung in der DDR ist das Prinzip der polytechnischen Vorbildung der Lehrlinge. Die Berufsausbildung baut damit auf dem polytechnischen Unterricht der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule mit einer zehnjährigen obligatorischen Vollzeitschulpflicht auf, wobei der polytechnische Unterricht einen für alle Schüler verbindlichen Teil der *Allgemeinbildung* der Schule darstellt. Da die DDR in ihrer Verfassung von 1968 das Prinzip der Verpflichtung jedes Jugendlichen zum Erlernen eines Berufes nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht festgelegt hat, ist das System der beruflichen Bildung für den größten Teil aller Jugendlichen in der DDR die zentrale Gelenkstelle in ihrem Bildungsweg und Berufsschicksal.

Neben das Prinzip der Berufsbildungspflicht für alle Jugendlichen tritt das Prinzip der Einheit von Unterricht und produktiver Arbeit („Einheit von Ökonomie und Bildung“), weil die Berufsausbildung allgemeinbildenden Unterricht, berufstheoretische Ausbildung und berufspraktische Unterweisung miteinander verbindet. So gesehen beruht das DDR-System der Berufsausbildung auf dem Prinzip der dualen Ausbildung, wobei allerdings im Zuge der starken Konzentration der Berufsausbildung auf Großbetriebe die Berufsschulen zunehmend in den Betrieb verlagert worden sind. Diese Betriebsberufsschulen, die die Hälfte aller Lehrlinge der DDR erfassen, sind eigenständige Abteilungen der jeweiligen Betriebe, deren pädagogische Arbeit der Aufsicht des Ministeriums für Volksbildung unterliegt. Demgegenüber sind für die betriebliche Ausbildung im Wirtschaftszweig die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) bzw. die Fachministerien zuständig.

Ebenso wie die Betriebe in das System der zentralen Wirtschafts- und Arbeitskräfteplanung eingebettet sind, so unterliegt auch die Berufsausbildung dem Prinzip der nach staatlichen Grundsätzen festgelegten Planmäßigkeit der Ausbildung. Dies äußert sich konkret darin, daß von den Betrieben ein Perspektiv- und Jahresplan der Berufsausbildung, der sogenannte Plan der „Neueinstellung von Schulabgängern in die Berufsausbildung“ zu erstellen und mit den örtlichen und zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen abzustimmen ist. Da das Planungssystem der DDR in seinen Zielsetzungen und Methoden nach staatlichen Grundsätzen festgelegt wird, ist das Prinzip der Planung der Berufsausbildung auf das engste mit dem Prinzip der zentralen leitenden und koordinierenden Funktion des Staates in der Berufsausbildung verknüpft, das seinen Niederschlag institutionell in einem eigenen Staatlichen Amt für Berufsausbildung beim Ministerrat der DDR, das neuerdings in „Staatssekretariat für Berufsbildung“ umbenannt worden ist, gefunden hat.

Die zentrale leitende und koordinierende Funktion des Staates in der Berufsausbildung ist jedoch nur die eine Seite der Medaille des Planungssystems in der DDR. Denn auf der anderen Seite ist seit dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 und der Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ ein Ablösungsprozeß weg vom zentralistisch gesteuerten Ausbildungssystem mit zentraler Planung der Lehrlingsquoten in den einzelnen Berufsgruppen hin zur von den Betrieben eigenverantwortlich gelenkten beruflichen Nachwuchsplanung festzustellen. Das den Betrieben vom Ministerrat der DDR eingeräumte erweiterte Mitwirkungsrecht in der Berufsausbildung bezieht sich vor allem auf die Bestimmung des Inhalts der Ausbildungsberufe, die Erarbeitung der Berufsanalysen, Berufsbilder und Lehrpläne sowie auf die Entwicklung der Rahmenausbildungsunterlagen und Lehrmittel. Dieses Prinzip der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe bei der Berufsbildungs- und Curriculumplanung, die von sogenannten „Berufsfachkommissionen“ wahrgenommen wird, war eine wesentliche Voraussetzung für die seit dem Jahre 1967/68 laufende Einführung von Grundberufen in der Berufsausbildung der

DDR. Für die innere Gestaltung der Berufsausbildung ist jedoch nicht nur das Prinzip der Realitäts- und Betriebsnähe der Ausbildung ausschlaggebend, sondern es soll zugleich auch erreicht werden, daß die kurzfristigen Notwendigkeiten der Arbeitsteilung mit den längerfristigen Entwicklungstrends der Berufs- und Qualifikationsstrukturentwicklung in Einklang gebracht werden.

Das Prinzip der Disponibilität der Berufsausbildung soll sicherstellen, daß der Facharbeiternachwuchs — über eine gleichgewichtigere Theorie-Praxis-Relation der Ausbildung als bisher vermittelt und in den Grundberufen konkretisiert — neben hoher Allgemeinbildung und kämpferischer Parteinahme für die Ziele der SED vielseitig im Produktionsprozeß einsetzbar ist und sich zugleich im Arbeitsprozeß ständig weiterbildet¹). Das Verhältnis von Lehrling zu den Ausbildern und Lehrern in Betrieb und Schule basiert dabei auf dem in der DDR stark herausgestellten Prinzip der führenden Rolle der Pädagogen in der Berufsausbildung, in dem sich nicht nur die hohe gesellschaftliche Wertschätzung des Lehrers in den sozialistischen Staaten im allgemeinen, sondern auch spezifische Erfahrungen der jüngsten deutschen Geschichte im besonderen niederschlagen haben²).

Entwicklungslinien und gegenwärtige Situation der Berufsausbildung in der DDR

Die genannten Grundprinzipien sind für das Verständnis der Berufsausbildung in der DDR fundamental, weil die Entwicklung und Ausgestaltung der Berufsausbildung in der DDR seit der Nachkriegszeit um diese Leitlinien kreist.

Die DDR knüpfte zunächst an die Tradition der Berufsausbildung in Deutschland an. „Startkapital“ waren die sogenannten Lehr- und Anlernberufe mit Berufsbild, Berufsbildungsplan und Berufseignungsanforderungen, die in den 30er und 40er Jahren insbesondere im „Reichsinstitut für Berufsausbildung im Handel und Gewerbe“ in Berlin für eine Vielzahl von zum Teil sehr spezialisierten, dem damaligen Stand der Arbeitsteilung und Mechanisierung entsprechende Ausbildungsberufe geschaffen worden waren. Zwar wurden diese Ausbildungsberufe Ende der 50er Jahre erstmals in der DDR grundlegend überarbeitet, aber ihre Zahl blieb im wesentlichen unverändert. Noch Ende der 50er Jahre gab es in der DDR fast 1000 Ausbildungsberufe.

Damit war eine verwirrende Vielfalt von Ausbildungsalternativen für die Jugendlichen, aber auch eine Zahl von Ausbildungsberufen gegeben, die schon

1) Vgl. „Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“. In: Grundsätze für die Berufsausbildung im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem. Materialien der 9. Tagung der Volkskammer der DDR am 11. Juni 1968, hrsg. von der Abteilung Presse und Information des Staatsrates der DDR. Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse, 5. Wahlperiode, H. 10 (1968), S. 72.

2) So weisen K.-H. Günther und G. Uhlig in ihrer „Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1968“ (Berlin 1970, S. 19 f.) auf folgenden Zusammenhang hin: Der Lehrermangel „war in den Jahren der Hitlerdiktatur chronisch geworden. Die Faschisten setzten alles daran, Wissen, Bildung und Schule in den Augen der Jugendlichen herabzusetzen . . . So durfte jeder HJ-Führer die Lehrer als Schwachköpfe verunglimpfen und ihren Erziehungsmaßnahmen entgegenwirken. . . . Unter dem Einfluß einer derartigen Mißachtung des Lehrerberufs sank die Zahl fähiger Bewerber ständig, und überdies wurde die Lehrerbildung von den Faschisten auf ein erbärmliches Leistungsniveau herabgedrückt“.

auf Grund ihrer Größe — und zwar in keinem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem — eine treffsichere Prognose über die längerfristige Entwicklung einer differenzierten Berufsstruktur zuließ. Denn von den drei Zielsetzungen einer Prognose — Langfristigkeit, Treffsicherheit und Tiefengliederung — sind stets immer nur zwei Ziele zugleich zu erreichen. Die Folge war, daß trotz des damals bestehenden Systems der zentralen Lehrlingsquotenplanung die starke Zersplitterung der Berufsausbildung nach Berufen nicht verhindert werden konnte. Durch die starke schulische Komponente der Berufsausbildung, die in der DDR rund 40 Prozent der gesamten Ausbildungszeit umfaßt, und die Überarbeitung der Berufsbilder allein ließen sich folglich die strukturellen Probleme der Berufsausbildung nicht lösen. Dies dürfte ein Beleg dafür sein, daß „innere“ Reformen des Berufsbildungssystems, auf deren ausschließlichen Vorrang die *neuhumanistisch* orientierte Berufspädagogik und auch die Vorstellungen des Bildungsrates in der Bundesrepublik festgelegt sind, zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für eine zukunftsgerechte Gestaltung des Berufsbildungssystems darstellen.'

Die starke Zersplitterung der Berufsausbildung in der DDR nach Berufen war mit einer weder bildungs- noch sozialpolitisch erwünschten frühen Spezialisierung der Jugendlichen auf Splitterberufe verbunden. *Knauer* spricht in diesem Zusammenhang von einem hohen Kostenaufwand und bildungsökonomischen Verlusten des Berufsbildungssystems in der DDR³). Hinzu kam, daß der Anteil der Lehrlinge in den wichtigsten Berufsgruppen an der gesamten Zahl der Auszubildungsverhältnisse in den 60er Jahren rückläufig war, so daß trotz zentraler Berufsbildungsplanung keine wachsende Konzentrationstendenz der Lehrlinge in dem Sinne erreicht werden konnte, daß die Besetzung der wichtigsten Berufsgruppen mit Lehrlingen automatisch und kontinuierlich im Zeitablauf zunahm. Die Tatsache, daß sich dieselbe Entwicklung trotz eines völlig anderen und konträren Steuerungssystems auch in der Bundesrepublik vollzog, deutet darauf hin, daß sowohl die freie Steuerung über den Markt der Lehrstellen als auch die geplante Berufslenkung mit Hilfe von quantitativer Lehrlingsquotenplanung in gleicher Weise gesamtgesellschaftlich unzureichend sind, da sie in völlig unterschiedlichen Systemen zu demselben (unerwünschten) bildungspolitischen Resultat führen.

Die Mitte der 60er Jahre in der DDR einsetzenden *Reformen der Berufsausbildung* müssen in erster Linie als Versuch verstanden werden, einerseits diese Entwicklung durch *Einführung von Grundberufen* zumindest aufzuhalten oder umzukehren und andererseits bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des zentralistischen Planungssystems die dezentralen Entscheidungsträger mit größerer Eigenverantwortung und verstärkten Mitwirkungsrechten an der Gestaltung der Berufsausbildung zu beteiligen.

3) Vgl. Knauer, A.: „Bildungsökonomische Probleme der Berufsbildung.“ In: Knauer, A., Maier, H.; und Wolter, W. (Hrsg.): Bildungsökonomie. Berlin 1968, S. 226.

Zunächst einmal wurden daher die traditionellen Lehrberufe in ihrem Inhalt überprüft und die Konzeption der Grundberufe entworfen, die allmählich an die Stelle der bisherigen Ausbildungsberufe treten sollen. Die Ausgestaltung und Erprobung der Grundberufe oblag dabei im wesentlichen den Großbetrieben und den Berufsfachkommissionen, die den Leitern der für die Ausbildungsberufe zuständigen Betriebe und Organe unmittelbar rechenschaftspflichtig sind und sich aus Praktikern und Berufspädagogen, Fachexperten und Vertretern der Freien Deutschen Jugend und des FDGB zusammensetzen. Die Beteiligung des Gewerkschaftsbundes der DDR an dieser Arbeit gründet sich auf § 12 des Gesetzbuches der Arbeit, demzufolge die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen insbesondere das Recht haben, „bei der Berufsausbildung der Lehrlinge und der Qualifizierung der Werk tätigen mitzuwirken⁴⁾“. Ziel der Grundberufe ist es, viele verwandte und auch die Wirtschaftszweige übergreifende Berufe in einem Grundberuf aufgehen zu lassen, der vorrangig in den beiden ersten Ausbildungsjahren auf die berufstheoretische und berufspraktische Grundbildung abstellt. Nach Abschluß der zweijährigen Grundlagenbildung wird dann mindestens eine berufliche Spezialisierung vermittelt, um einen möglichst reibungslosen Übergang in die spätere berufliche Erwachsenentätigkeit zu ermöglichen. Solche Grundberufe sind etwa der Facharbeiter für Datenverarbeitung, der Facharbeiter für Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik, der Instandhaltungsmechaniker, der Facharbeiter für automatisierte Produktionssysteme oder der Facharbeiter für chemische Industrie.

Da etwa drei Viertel aller Lehrlinge nach den jetzigen Planungen langfristig schließlich in wenigen Grundberufen ausgebildet werden sollen, hoffen die Berufsbildungsforscher und Bildungsökonomien der DDR, daß die künftige Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte leichter und zugleich treffsicherer geplant werden kann, da sich konstantere Aufteilungsquoten für die Ausbildung der Lehrlinge nach Berufen festlegen lassen. Bei den genannten Grundberufen handelt es sich um anspruchsvolle Berufsbilder mit einem gegenüber dem konventionellen Lehrberuf relativ hohen Theorieanteil. Dabei wird angestrebt, das Verhältnis Theorie zu Praxis längerfristig auf das Verhältnis 1:1 anzuheben, was — gemessen an der Berufsausbildung eines Facharbeiters etwa in den 30er und 40er Jahren — einer Revolution in der Berufsausbildung gleichkommt.

Offiziell wird dies mit der erwarteten höheren Theoretisierung der beruflichen Tätigkeiten im Zeitalter der Automation und der sogenannten wissenschaftlich-technischen Revolution begründet, aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Qualifizierung der Berufsausbildung auch bewußt als ein Instrument für die Anwerbung qualifizierter Jugendlicher für die Lehrlingsausbildung eingesetzt wird. Denn wie in allen modernen Industrie- und Bildungsgesellschaften üben die allgemeinen weiterführenden Schulen, die zum

4) Vgl. Sozialistisches Bildungsrecht — Berufsbildung, hrsg. vom Staatssekretariat für Berufsbildung, Berlin 1972, S. 52.

Abitur führen, auch in der DDR einen starken Sog auf qualifizierte Jugendliche aus, während in der Skala der von den Jugendlichen bevorzugten Ausbildungsmöglichkeiten der berufsbezogenen Ausbildung offensichtlich nicht der gleiche Rang wie den studienbezogenen Bildungsgängen eingeräumt wird. Nachdem jedoch die DDR Mitte der 60er Jahre den Zugang zu den Hochschulen und der zum Abitur führenden Erweiterten Oberschule gedrosselt und auch die Finanzierungsströme von den Hochschulen auf die Berufsausbildung umgelenkt hat, soll die Berufsausbildung im Grundberuf einen Anreiz und eine echte Ausbildungsalternative für alle diejenigen Jugendlichen bieten, denen die Klassenzimmer der Erweiterten Oberschule verschlossen bleiben.

Diese Strategie der Bildungs- und Berufsplanung der DDR ist nicht frei von bildungs- und sozialpolitischen Problemen: Zunächst einmal macht die starke Theoretisierung der Ausbildung in den Grundberufen zwangsläufig hohe Eingangsvoraussetzungen notwendig, so daß nur Schüler mit sehr guter schulischer Gesamtleistung und dem Abschluß der 10. Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule für eine Ausbildung im Grundberuf zugelassen werden können. Darüber hinaus hat die Überarbeitung der weiterhin neben den Grundberufen bestehenden breit profilierten Ausbildungsberufe und der spezialisierten Ausbildungsberufe einschließlich der Teilberufe sowie die Einführung der neuen beruflichen Grundlagenfächer Elektronik, Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik und elektronische Datenverarbeitung ab September 1970 die Anforderungen auch insgesamt weiter steigen lassen.

Soziale Differenzierung der Lehrlingsstrukturen

Wurde die Einführung der Grundberufe zunächst als Beweis für die Überlegenheit des Berufsbildungssystems der DDR gegenüber der Bundesrepublik ins Feld geführt und auch intern im Zusammenhang mit dem Beschluß der Volkskammer über die „Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ vom 11. Juni 1968, der die Grundberufe zur verbindlichen Konzeption der längerfristigen Berufsbildungsreform in der DDR erklärte, propagandistisch groß herausgestellt, so werden neuerdings nach dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 auch andere Töne zum Thema Grundberuf in der DDR angeschlagen. So heißt es nun etwa neuerdings in der *Einheit*, dem theoretischen Organ des Zentralkomitees der SED, zur politischen Einschätzung der Berufsausbildung für das Planjahr fünf 1971—1975:

„Entscheidend dafür, ob und in welchem Umfange Jugendliche in den verschiedenen Berufen ausgebildet werden, sind die Erfordernisse der Produktion, die sich aus der Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes für die Betriebe, Zweige oder das Territorium ergeben. Daher sind alle Berufe von Bedeutung: der Textilreiner, Friseur, Schornsteinfeger, Elektronikfacharbeiter u. a. Die planmäßige Entwicklung der Berufe wird von den gesellschaftlichen Notwendigkeiten der Arbeitsteilung bestimmt. Jede Konstruktion von Rangfolgen der Berufe ent-

spricht weder den Erfordernissen der sozialistischen Entwicklung noch der prinzipiellen Haltung des Marxismus-Leninismus zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen. Aus dieser Sicht ist auch jegliches einseitiges propagandistisches Hervorheben der Grundberufe zu überwinden. Bei uns werden alle volkswirtschaftlich notwendigen Berufe und jede nützliche Arbeit gesellschaftlich geachtet⁵).

Worauf ist diese neue und zurückhaltendere Einschätzung der Grundberufe zurückzuführen? — Seit Einführung der Grundberufe im Jahre 1967 sind inzwischen rund fünf Jahre vergangen. Die Aufgabenstellung, die der Berufsausbildung im Planjahr fünf 1971—1975 im Rahmen des weiteren Wachstums des „materiellen und kulturellen Lebensniveaus“ politisch zugewiesen worden ist, ist inzwischen präzisiert worden. Sie läßt sich in den folgenden fünf Grundsätzen der SED für die Berufsausbildung zusammenfassen:

1. Jeder Jugendliche soll in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten einen Beruf erlernen.
2. Die Berufsausbildung soll den „Bildungsvorlauf“ sichern.
3. Die Berufsausbildung soll die Einheit von politischer und fachlicher Bildung verwirklichen.
4. Die Berufsausbildung soll in der modernen Großproduktion durchgeführt werden.
5. Die Planung der Berufsbildung soll auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus wieder stärker als bisher mit der zentralen Wirtschaftsplanung verbunden werden⁶).

Es ist ein Hauptkennzeichen der Berufsausbildung in der DDR, daß sie das Prinzip der bedarfsgerechten Ausbildung in den Vordergrund stellt, um „für alle Berufe, für die ein gesellschaftliches Bedürfnis besteht, . . . planmäßig den Facharbeiternachwuchs auszubilden⁷“. Neben diesen Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung soll aber zugleich die Disponibilität der Ausbildung erhöht werden. Dieses Spannungsverhältnis von Spezialisierung und Disponibilität, von Arbeitsteilung und Arbeitsbindung hat zu widersprüchlichen und z. T. wohl auch zu nicht vorhergesehenen Folgen der Berufsausbildungsreform in der DDR geführt. Denn einerseits strebt die Reform der Berufsausbildung auf der Basis von Grundberufen und neuen beruflichen Grundlagenfächern eine Qualifizierung, Intensivierung und Erhöhung des Gesamtniveaus *aller* Auszubildenden

5) Janson, C.-H., und Keim, W.-D.: „Aufgaben der Berufsbildung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.“ In: *Einheit*, 26. Jg. (1971), H. 7/8, S. 844.

6) Vgl. diess.: „Aufgaben der Berufsausbildung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, in: *Berufsbildung*, 25. Jg. (1971), H. 9, S. 372 sowie Weidemann, B.: „Hauptaufgaben zur Vorbereitung und Durchführung des Lehr- und Ausbildungsjahres 1971/72. Aus dem Referat des Staatssekretärs für Berufsbildung vor der erweiterten Kommission für Berufsbildung am 4. Mai 1971 in Berlin.“ In: *Berufsbildung*, 25. Jg. (1971), H. 7/8, S. 335.

7) Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: „Bericht zur Direktive des VIII. Parteitag der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975. Berichterstatter: Willi Stoph, Berlin 1971, S. 52.

an, auf der anderen Seite muß sie damit aber zwangsläufig ihre Reformkonzeption auf die qualifizierten und leistungsmotivierten Schüler und Lehrlinge abstellen. Darüber hinaus ist der Trend zur Zusammenfassung von Ausbildungsberufen zu Grundberufen *zugleich* von starken Spezialisierungstendenzen überlagert, so daß gegenwärtig die 28 Grundberufe und 48 breit profilierten Ausbildungsberufe allein rund 700 verschiedene Spezialisierungen ermöglichen.

Es konnte deshalb nicht ausbleiben, daß sich als Folge der Berufsbildungsreform, aber auch der Anforderungen des Beschäftigungssystems soziale Differenzierungen der Berufs- und Ausbildungsstruktur ergeben haben. Vor allem scheint sich inzwischen durch die Grundberufe ein deutlich profiliertes, unterschiedliches Sozialprestige der Lehrlingsberufe herauszubilden. Innerhalb der Berufsausbildung ist dies ein bemerkenswerteres Phänomen, das jedoch angesichts der unterschiedlich hohen Eingangsvoraussetzungen und Ausbildungsanforderungen nicht überraschen kann. So hat inzwischen nach Einführung der Grundberufe eine Ausdifferenzierung des Systems der Lehrberufe auf einer neuen Stufenleiter stattgefunden, in deren Auswirkung sich folgende *Grundtypen* von beruflichen Ausbildungsgängen in der DDR herausgebildet haben:

Berufsausbildung mit Abitur: Ausbildung im Grundberuf oder in sonstigen zum Abitur zugelassenen Ausbildungsberufen sowie in eigenen Abiturklassen der Betriebsberufsschulen. Eingangsvoraussetzungen: Abschluß der 10. Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule; sehr gute schulische Gesamtleistung. Dauer: 3 Jahre. Zahl der Ausbildungsberufe: 28 Grundberufe sowie sonstige zum Abitur zugelassene Ausbildungsberufe. Abschluß: Facharbeiterbrief und Abiturzeugnis. Lehrlingsanteil: gegenwärtig 5 bis 7 Prozent aller Lehrlinge.

Ausbildung im Grundberuf: Eingangsvoraussetzungen: Abschluß der 10. Klasse der Allgemeinbildenden Oberschule; gute, z. T. bessere schulische Gesamtleistung. Dauer: 2 bis 2 1/2 Jahre. Zahl der Ausbildungsberufe: 28 Grundberufe. Abschluß: Facharbeiterbrief. Lehrlingsanteil: gegenwärtig etwa 15 Prozent aller Lehrlinge.

Ausbildung im breit profilierten Ausbildungsberuf: Eingangsvoraussetzungen: Abschluß der 10. Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule; gute schulische Leistungen insbesondere in den für den Beruf wichtigen Fächern bzw. im polytechnischen Unterricht. Dauer: 2—2 1/2 Jahre. Zahl der Ausbildungsberufe: 49 Ausbildungsberufe. Abschluß: Facharbeiterbrief. Lehrlingsanteil: gegenwärtig zusammen mit den Auszubildenden in spezialisierten Ausbildungsberufen etwa 60 Prozent aller Lehrlinge.

Ausbildung im Spezialberuf: Eingangsvoraussetzungen: Abschluß der 8. oder 10. Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule: Dauer: 3 Jahre (bei Abschluß der 8. Klasse) oder 2 Jahre (bei Abschluß der 10. Klasse). Zahl der Ausbildungsberufe: 228 Ausbildungsberufe (für Abgänger der 8. Klasse zu-

gelassene Ausbildungsberufe: 140). Abschluß: Facharbeiterbrief. Lehrlingsanteil: gegenwärtig zusammen mit den Auszubildenden in breit profilierten Ausbildungsberufen etwa 60 Prozent der Lehrlinge.

Ausbildung im Teilberuf: Eingangsvoraussetzungen: Schulabgänger, die das Ziel der 8. Klasse der Allgemeinbildenden Schule nicht erreicht haben. Dauer: durchschnittlich 3 Jahre. Zahl der Ausbildungsberufe: hierfür kommen insbesondere die für die Abgänger der 8. Klasse zugelassenen 140 Ausbildungsberufe in Betracht. Abschluß: Ausbildung für Teilgebiete eines Ausbildungsberufes (außer Grundberufen). Lehrlingsanteil: gegenwärtig etwa 18 bis 20 Prozent der Lehrlinge.

Alle Jugendlichen, die nach der 8. Klasse eine Berufsausbildung in einem Spezial- oder Teilberuf beginnen, haben die fehlende Allgemeinbildung im Berufsschulunterricht weiterzuführen.

Das Leistungsprinzip in der Berufsausbildung

Aus der Struktur der beruflichen Bildungsgänge in der DDR wird deutlich, wie stark das Erlernen eines Ausbildungsberufes an die schulischen sowie beruflichen Leistungen geknüpft ist. Das Leistungsprinzip wird somit als Eingangsvoraussetzung, aber auch in der Ausbildung selbst, stark akzentuiert. Auch die Berufsausbildung ist damit in der DDR an der Leitmaxime des Sozialismus „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ orientiert. Das Leistungsprinzip umfaßt dabei nicht nur die fachliche Qualifikation, sondern auch die Heranbildung von personalen Eigenschaften wie „Pünktlichkeit in der Planerfüllung, Kampf um hohe Qualität der Erzeugnisse, Streben nach höherer Arbeitsproduktivität, das Bewußtsein, Mitglied eines sozialistischen Kollektivs zu sein und sich für dessen Entwicklung verantwortlich fühlen⁸⁾“.

Insoweit ist eine sehr gute schulische Gesamtleistung die Grundvoraussetzung für die Ausbildung im von den Jugendlichen inzwischen primär begehrten Grundberuf, so daß die neue Entwicklung der starken Ausdifferenzierung der sozialen Wertigkeit der Lehrberufe bei gleichzeitiger Anhebung des gesamten Bildungsniveaus auch bildungs- und sozialpolitische Spannungselemente enthält, weil sie zu einer relativen Entmutigung derjenigen Lehrlinge in ihrem Bildungsschicksal und Bildungsstreben führen muß, die nicht in Grundberufen ausgebildet werden können. Dem steht aber auf der anderen Seite als Positivum gegenüber, daß es in der DDR zukünftig auf Grund der verfassungsmäßigen Berufsbildungspflicht faktisch kaum noch Jugendliche ohne systematische Qualifizierung im Betrieb bis zum Ende der Berufsschulpflicht geben wird. Damit bleibt insbesondere der Teil der Jugendlichen, der trotz 10jähriger obligatorischer allgemeiner Schulpflicht schon in der 8. Klasse abgeht, nicht ohne weitere Berufsausbildung, zumal es sich hierbei noch um jeden fünften Lehrling der DDR handelt.

8) Schwark, W.: „Bildungsökonomische Überlegungen für die Berufsausbildung nach dem VIII. Parteitag“ In Berufsbildung, 25. Jg. (1971), H. 11, S. 490.

Nachdem mit dem System der zentralen Lehrlingsquotenplanung und der Konzentration auf die „innere“ Berufsbildungsreform allein der Anspruch eines planmäßig gesteuerten Berufsausbildungssystems nicht eingelöst werden konnte, hat die DDR nunmehr nach der Einführung der Grundberufe ein System einer stärker qualitativen Berufsausbildungsplanung in seinen wesentlichen Grundzügen geschaffen. Der Preis, der mit dieser Berufsbildungsreform gezahlt werden muß, kann darin bestehen, daß durch die Reform die Steuerung der Lehrlinge auf die Lehrberufe „zweiter Klasse“ schwerer wird und als Folge der Reform zugleich auch die Gefahr heraufbeschworen wird, daß eine neue (ausbildungsbedingte) Ungleichheit im Sozialismus institutionalisiert wird.

Bildungsökonomische Probleme der Berufsbildung

Hierbei muß aber bedacht werden, daß in der DDR die Konzeption einer absoluten Egalisierung als „kleinbürgerlich“ angesehen wird. Hinzu kommen „Sachzwänge“, die sich paradoxerweise als Folge der aktiven Bildungspolitik der DDR zu ergeben scheinen: auf Grund ihres im Vergleich zur Bundesrepublik höheren Anteils der Bildungsaufwendungen am Nationaleinkommen stößt die DDR neuerdings an Grenzen einer weiteren Expansion der Bildungsausgaben und strebt daher bewußt eine Intensivierung des Ausbildungsprozesses durch Ausschöpfung von Reserven an. „Das ist besonders notwendig, weil die Ausgaben der Gesellschaft für das Bildungswesen insgesamt und für die Berufsausbildung im speziellen eine relative Höhe erreicht haben, die nicht mehr wesentlich gesteigert werden kann. Die weitere Erhöhung des Anteils der Bildungsaufwendungen am Nationaleinkommen würde andere Bereiche beeinträchtigen und damit zu Störungen in der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft führen⁹⁾.“

Für die damit notwendige Intensivierung des Ausbildungsprozesses werden in der DDR eine rationellere Unterrichtsgestaltung, die Einbeziehung der Lehrlinge in die Lösung betrieblicher Aufgaben, der „sozialistische Wettbewerb“ sowie Effizienzsteigerungen dadurch, daß „der berufstheoretische und berufspraktische Unterricht so betriebsbezogen wie möglich erteilt werden“, gefordert, da „insgesamt.. . der steigende Ausbildungsaufwand nur durch die maximale Nutzung des höheren Leistungsvermögens der Jungfacharbeiter im Arbeitsprozeß selbst gerechtfertigt werden“¹⁰⁾ kann.

Der Dualismus Betrieb—Gesellschaft in der qualitativen Berufsbildungsplanung der DDR

Zur Ökonomie der Berufsbildung tritt in der DDR neuerdings ein weiteres Problem hinzu: Wie bereits erwähnt, wurde die Reform der Berufsausbildung nach dem VI. Parteitag von 1963 in sehr starkem Maße von den mit der Berufsausbildung befaßten Großbetrieben getragen. Damit setzte ein Ablösungspro-

9) Ders., S. 490.

10) Ders., S. 490 u. S. 491.

zeß vom zentralistisch gesteuerten Ausbildungssystem ein. Gleichzeitig wurde den Betrieben ein erweitertes Mitwirkungsrecht bei der Planung der Berufsausbildung vom Ministerrat eingeräumt, während das Mitte der 60er Jahre gebildete Staatliche Amt für Berufsausbildung und jetzige Staatssekretariat für Berufsbildung bei Ministerrat der DDR für eine Koordinierung der Teilpläne sorgen sollte. In dem bereits erwähnten Kommentar der *Einheit* wird aber beklagt, daß es bei dem jährlich für die gesamte DDR zu erstellenden Plan der „Neueinstellung von Schulabgängern in die Berufsausbildung“ über viele Jahre hinweg Planverstöße gegeben hat — Planverstöße, die durch expandierende Branchen wie Elektrotechnik/Elektronik, chemische Industrie und das Bauwesen verursacht wurden und zu Störungen in der proportionalen Berufsstrukturentwicklung führten¹¹⁾. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diejenigen Betriebe, in denen die Grundberufe entwickelt wurden, bisher einen starken Sog auf die Schulabgänger ausgeübt haben. Die *Einheit* räumt selbst ein, daß dies zum Zurückbleiben solcher Berufe und Wirtschaftszweige beitrug, die — wie die Berufe der Energieversorgung, des Nahverkehrs, der Leichtindustrie, des Fahrzeugbaus und des Gesundheitswesens — für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung gleich wichtig sind.

Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß der Grundberuf offensichtlich das Anziehungs- und Attraktivitätspotential der Großbetriebe erheblich erhöht hat und die Ausbildungsbetriebe bei knappem Arbeitskräfteangebot ihre „Markt“chancen entsprechend genutzt haben. Auch unter den Bedingungen der DDR wird damit ein Dualismus Betrieb—Gesellschaft sichtbar, der inzwischen zu der Forderung nach Erhöhung der Autorität des Staatsplanes in der Berufsausbildung durch die SED geführt hat. Einem „Mißbrauch“ der Betriebe mit der Reform der Berufsausbildung soll nicht nur dadurch entgegengewirkt werden, daß die Rahmenausbildungsunterlagen der Grundberufe vor einem vom Staatssekretariat für Berufsbildung eingesetzten Expertengremium „verteidigt“ werden müssen, sondern auch dadurch, daß der Plan der „Neueinstellung von Schulabgängern in die Berufsausbildung“ seit neuestem um ein Jahr vorverlegt worden ist, so daß die Schüler bereits in der letzten Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule einen Lehrvertrag abschließen und eine Entscheidung über die zukünftige Berufsausbildung in einem der fünf Grundtypen beruflicher Bildungsgänge treffen müssen. Durch diese Vorverlegung sollen günstigere Voraussetzungen für die Vervollkommnung der Planung des Bedarfs an Facharbeitern geschaffen werden.

Berufsausbildung mit Abitur: Arbeitsplatzstruktur als Schranke des individuellen Bildungsstrebens

Schließlich muß noch auf eine weitere, widersprüchliche Entwicklung der Berufsausbildung in der DDR verwiesen werden, die neuerdings sichtbar wird

11) Vgl. Janson, C.-H., und Keim, W.-D., a. a. O., S. 844.

und wahrscheinlich in der Zukunft wachsende Probleme aufwerfen dürfte: Wie bereits bei der Darstellung der Struktur der beruflichen Bildungsgänge erwähnt, bietet die Berufsausbildung in der DDR qualifizierten Lehrlingen nicht nur den Facharbeiterbrief wie in der Bundesrepublik, sondern auch die Möglichkeit, durch Verlängerung der Berufsausbildung um ein Jahr in eigenen Abiturklassen der Berufsausbildung Lehre und Abitur gleichzeitig zu vollenden. Dieser Ausbildungsweg steht im engen Zusammenhang mit dem Grundberuf, da er die Durchlässigkeit der Ausbildung im Grundberuf zur Hochschulausbildung sichert und damit ganz erheblich zur Attraktivität des Grundberufes beitragen dürfte. Bisher machen etwa 5 bis 7 Prozent aller Berufsschüler von dieser Möglichkeit Gebrauch, wobei dieser Prozentsatz tendenziell steigt. Inzwischen hat sich die Berufsausbildung mit Abitur jedoch über die im Plan festgelegten Kennziffern entwickelt. Aus diesem Grunde mußten Jugendliche bei den Abiturklassen der Berufsausbildung abgewiesen werden, da für sie gegenwärtig entsprechende Arbeitsplätze in der DDR fehlen. Auch hierin zeigt sich, daß die Planungen, die in der DDR offiziell durch die „gesellschaftlichen Notwendigkeiten der Arbeitsteilung“ bestimmt sind, neuerdings immer schwerer mit dem individuellen Bildungsstreben der hochqualifizierten Lehrlinge in Einklang zu bringen sind. Ganz offensichtlich macht sich in der DDR — wie in anderen Industriestaaten auch — die Tendenz bemerkbar, daß die Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze hinter der erstrebten akademischen Qualifikation der Arbeitskräfte zurückbleibt.

Schlußfolgerungen für die Bundesrepublik

Die Berufsausbildung in der DDR bietet heute nach der Mitte/Ende der 60er Jahre eingeführten Berufsbildungsreform insgesamt ein differenziertes Bild. Bedeutsam ist die konsequente Weiterentwicklung des dualen Systems zu einem sowohl von den theoretischen Bildungsinhalten als auch von der sozialen Wertschätzung anspruchsvollen und attraktiven Bildungsgang.

Wesentlich ist hierbei zunächst, daß der Staat in der DDR seinen Verpflichtungen in der schulischen Berufsausbildung nachgekommen ist und den Berufsschulen einen eigenständigen Stellenwert gegeben hat. Der Auf- und Ausbau der Betriebsberufsschulen hat die Betriebe darüber hinaus zunehmend mit berufspädagogischen und bildungsökonomischen Fragen konfrontiert, so daß sie inzwischen zu einem zentralen, eigenständigen Bildungsträger geworden sind. Ihre Rolle wird in Zukunft noch wachsen, da geplant ist, daß die kommunalen Berufsschulen in die Rechtsträgerschaft der Betriebe übergehen sollen, um offensichtlich das Qualitätsgefälle zwischen Betriebsberufsschulen und kommunalen Berufsschulen zugunsten der letzteren durch eine Art von „überschulischem Verbund“ abzubauen. Belegt aus Diskussionen und Stellungnahmen in der DDR ist, daß diese seit Einführung der Grundberufe neuen und wachsenden Aufgaben der Berufsstruktur- und Bildungsplanung für die Betriebe einschließlich der be-

trieblichen Gewerkschaftsleitungen nicht einfach sind¹²⁾ und den üblichen Zielsetzungen der Betriebe wie „Produktion von Gütern und Diensten“ und „Planerfüllung“ die neue Dimension „Qualifikationsstrukturentwicklung und Berufsbildungsplanung“ hinzugefügt haben. In diesem Prozeß stehen die Betriebe gegenwärtig erst am Anfang einer tiefgreifenden Umwälzung in der Ausbildung der Lehrlinge.

Jenseits vorschneller Ablehnung, aber auch unkritischer Übernahmefreudigkeit sollte die weitere Entwicklung des DDR-Modells der Berufsausbildung in der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt werden, um, soweit möglich, Schlußfolgerungen auch für die eigene Gestaltung der Berufsausbildung in der Bundesrepublik ziehen zu können, die sich erst neuerdings intensiver den Bereichen der Berufsbildungsplanung, Berufsbildungspolitik und Berufsbildungsforschung zuwendet. Es kann dabei keinem Zweifel unterliegen, daß die DDR heute über ein System der Berufsausbildung verfügt, das in einer Reihe von selbstgesetzten Zielen der Bundesregierung wie z. B. Verstärkung des theoretischen Unterrichts in der Berufsausbildung, Überarbeitung der Ordnungsmittel der Berufsausbildung oder Abstimmung von betrieblicher und schulischer Ausbildung einen beträchtlichen zeitlichen Vorsprung besitzt.

Auf der anderen Seite weisen aber Berufsbildungsforscher und Bildungsökonom der DDR selbst darauf hin, daß sie für eine Reihe von Grundproblemen der Berufsausbildung in der DDR gegenwärtig einen noch nicht ausreichenden Erkenntnisstand besitzen, was in gleicher Weise für die Bundesrepublik gilt. Es handelt sich dabei um Grundprobleme wie:

- „Die Entwicklung des Inhalts und Charakters des Berufes überhaupt und die Wandlung des Berufsbegriffes in den kommenden Jahrzehnten;
- die Entwicklung der Arten (Typen) von Ausbildungsberufen, insbesondere die Entwicklung hochqualifizierter Spezialberufe, der Ausbildungsberufe mit Abitur und solcher Ausbildungsberufe, die sich im Wirkungsfeld zwischen Facharbeiterausbildung und Fach- und Hochschulausbildung befinden (hochqualifizierte Facharbeiter zur Unterstützung für die Wissenschaftler);
- die Bestimmung des Bildungs- und Erziehungsinhalts der Ausbildungsberufe (insbesondere Analogiestudien) mit Hilfe der EDV;
- die Einheit von Kontinuität, Wandel und relativer Stabilität neu konzipierter Inhalte von Ausbildungsberufen¹³⁾.“

Für die Situation der Berufsausbildung in der BRD und DDR ist aber auch bedeutsam, daß im Fünfjahresplanzeitraum 1971—1975 in der DDR rund

12) Vgl. „Die Ausarbeitung der Konzeption der Berufsausbildung — Leitungsaufgabe des Werkdirektors“. In: Prognose — Leitung — Berufsausbildung. Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme bei der Verwirklichung der Grundsätze der Berufsausbildung. Berlin 1969, S. 17.

13) Knauer, A.: „Die Dynamik des Inhalts der Ausbildungsberufe der sozialistischen Berufsausbildung bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR; unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution.“ In: Berufsausbildung heute und morgen, hrsg. vom Deutschen Institut für Berufsbildung, Berlin 1970, S. 34.

900 000 Facharbeiter ausgebildet werden, so daß etwa jeder achte bis neunte Beschäftigte des Jahres 1975 in diesem Zeitraum seine berufliche Ausbildung auf einer reformierten Basis durchlaufen haben wird. 1980 wird der Qualifizierungsstand der Beschäftigten in der DDR schließlich folgende Struktur aufweisen:

Hoch- und Fachschulkader:	18 Prozent
Facharbeiter:	66 Prozent
Un- und angelernte Arbeitskräfte:	16 Prozent

Gegenüber den fünfziger Jahren, als die Verteilung (1955) noch 4,4 Prozent: 25,6 Prozent : 70 Prozent betrug, bedeutet dies eine entscheidende Umkehrung der Bildungsstruktur des Gesamtarbeiters der DDR: Zwei von drei Berufstätigen in der DDR werden somit 1980 ihre berufliche Qualifizierung im System der Berufsausbildung erfahren haben. Damit wird die Facharbeiterausbildung eine absolut dominierende Stellung für das Bildungspotential der DDR gewinnen.

Bemerkenswerterweise wird sich, und zwar weithin unbemerkt von der amtlichen Bildungsgesamtplanung, auch in der Bundesrepublik bis 1980 eine relativ gleichartige quantitative Entwicklung vollzogen haben. Schon heute läßt sich abschätzen, daß die Qualifikation der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik 1980 folgende Struktur aufweisen wird:

Hoch-, Fach- und Berufsfachschüler:	16—18 Prozent
Facharbeiter:	60—65 Prozent
Un- und angelernte Arbeitskräfte:	24—17 Prozent

Der hohe Stellenwert, den die DDR der Berufsausbildung seit langem zuerkennt, sollte deshalb als Herausforderung verstanden werden, nun auch in der Bildungspolitik der Bundesrepublik eine Kräfteverlagerung auf die berufliche Bildung der Berufsschüler und Lehrlinge herbeizuführen. Nur dann kann gesichert werden, daß der wachsende Anteil der Facharbeiter am Arbeitskräfte- und Bildungspotential im Jahrzehnt 1970—1980 nicht nur ein quantitatives Phänomen bleibt, sondern ein „Sprung von der Quantität in die Qualität“ erfolgt.